

Verdeckter Ermittler horchte Karmänner aus

Ex-Oberst unter falschem Namen eingeschleust

Von Wülfried Hinrichs

OSNABRÜCK. Eines Tages steht „Herr Meyer“ da. Mit Werksausweis. Niemand kennt ihn, die meisten nehmen keine Notiz von dem grauhaarigen Endfünfziger. Er wird einigen wenigen als „persönlicher Sicherheitsberater des Insolvenzverwalters“ vorgestellt. Das ist nicht mal gelogen, obwohl sein Job das Täuschen und Tarnen ist. „Herr Meyer“ hat über mehrere Wochen Karmann-Mitarbeiter ausspioniert.

Was anmutet wie ein Wirtschaftskrimi, ist für Insider ein „absolut marktübliches Instrument“, um in der heiklen Phase einer Insolvenz das Betriebsvermögen im Interesse der Gläubiger zu sichern. Einer aus dem Team von Insolvenzverwalter Ottmar Hermann hat den verdeckten Ermittler ins Werk geholt, um – ja, warum eigentlich?

Diebstähle aufklären

Hier gehen die Ansichten weit auseinander: Um Diebstähle zu verhindern oder aufzuklären, sagt die eine Seite. Um unliebsame Mitarbeiter auszuspionieren und belastendes Material zu sammeln, das eine billige Kündigung erlaubt, sagen ehemalige Werksangehörige. Und um die Gesellschafter von internen Informationen abzuschneiden: Der Sprecher des Insolvenzverwalters bezeichnete es als selbstverständlich, dass ein „Informationsabfluss aus einem Unternehmen unterbunden werden muss“. Das habe überhaupt nichts mit Spionage zu tun. „Betriebsgeheimnisse müssen Betriebsgeheimnisse bleiben“, sagt er.

„Herr Meyer“ tauchte einige Zeit nach dem Insolvenzantrag im Werk auf und ging nach Beobachtungen ehemaliger Karmänner mindestens drei Wochen seiner Spionagetätigkeit nach. Unter falschem Namen trat er sogar in der Polizeidirektion Osnabrück auf, als Details zum Werksschutz bei Karmann zu klären waren.

In Wahrheit trägt „Herr Meyer“ einen adligen Namen, brachte es bei der Bundeswehr bis zum Oberst und war bis 2006 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) in einer ostdeutschen Großstadt. Eine Zeitung nannte ihn einen „knallharten Manager“ mit einer Vorliebe für

Waffen und die Jagd. Im Sommer 2006 feuerte ihn sein IHK-Präsident von heute auf morgen. Der Grund: Der Oberst der Reserve soll laut Zeitungsberichten im Dienst mit einer Waffe hantiert, Mitarbeiter bedroht und Kritikern im Spaß mit Erschießung gedroht haben.

Seine Waffe bei Karmann war das Wort. Er machte Versprechungen, schmeichelte, horchte aus. Ehemalige Mitarbeiter berichten, dass er ihnen in Aussicht stellte, den Job zu behalten, wenn sie bereit seien, Informationen über diesen oder jenen zu liefern. Bemerkenswert intensiv kümmerte sich der verdeckte Ermittler um die Querverbindungen zwischen der insolventen Karmann GmbH und der Besitzgesellschaft, der Wilhelm Karmann GmbH & Co Kommanditgesellschaft. Den Insolvenzverwalter soll es geärgert haben, dass die Gesellschafterfamilien immer gut über seine nächsten Schritte im Bilde waren. Irgendwo musste es ein Leck geben. „Herr Meyer“ sollte es suchen und stopfen. Bei den Ermittlungen trat auch zutage, wie Ex-Karmänner berichten, dass ein Angestellter in besonderer Verantwortung sich ein Auto aus der Produktion in die eigene Garage gestellt hatte. Ein Sprecher bestätigte den Vorgang. Es habe Irritationen gegeben, die aber schnell geklärt worden seien. Das Auto sei bezahlt.

„Eine Menge Indizien“

Karmann-Beschäftigte, die von der Arbeit des informellen Mitarbeiters wussten, wagten nicht, darüber offen zu sprechen. Sie befürchteten, selbst auf die Abschlusliste zu geraten. Und „Herr Meyer“ soll ihnen auch immer wieder zu verstehen gegeben haben, dass sein Einfluss auf die Insolvenzverwaltung ausreiche, um Jobs zu sichern. Jetzt sind diese Arbeitsplätze auch weg, und die Ehemaligen reden sich ihren Frust von der Seele.

Sie hoffen, ihre internen Kenntnisse in den Verfahren vor dem Arbeitsgericht nutzen zu können. Die Osnabrücker Anwälte Manuel Calvo Fernandez und Frank W. Stroot, die zahlreiche Ex-Karmänner vertreten, sehen in dem Einsatz des Ermittlers ein Symptom für eine heuchlerische Art im Umgang mit den Mitarbeitern. Es sei of-

fenbar von Anfang an Ziel der Insolvenzverwaltung gewesen, möglichst viel Personal abzubauen, um Karmann für eine Übernahme durch VW schön zu machen. „Das lässt sich schlecht beweisen, aber es gibt eine Menge Indizien“, sagt Stroot.

Der Sprecher des Insolvenzverwalters hält das für eine „Verschwörungstheorie“, die jeder Grundlage entbehre. Dieser Gedanke sei „wenig schlüssig“.

Mit Tarnnamen

Die Anwaltskanzlei entwickelt aufgrund dieser Indizien eine Strategie: Einen Verkauf von Karmann an VW betrachten die Anwälte als Betriebsübergang. Das würde bedeuten, dass die aktuellen Mitarbeiter allesamt zu den geltenden Bedingungen übernommen werden müssen. Die Anwälte gehen noch weiter: Sollte von Anfang an das Ziel gewesen sein, Karmann VW in den Schoß zu legen, dann seien die Mitarbeiter über Monate bewusst getäuscht worden. Damit hätten auch alle Gekündigten, die nicht in die Transfergesellschaft gewechselt sind, einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung durch VW. Das beträfe mehrere Hundert Ex-Karmänner. Fernandez und Stroot werfen Teilen des Betriebsrates vor, die Kollegen falsch unterrichtet zu haben. Mit dem Wechsel in die Transfergesellschaft gingen alle Ansprüche verloren. Die Anwälte raten den 800 Beschäftigten, die in diesen Tagen die Kündigung erhielten, auf jeden Fall dagegen zu klagen.

Einige Indizien für einen von langer Hand geplanten Verkauf an VW glauben die Anwälte mit einer handschriftlichen Notiz aus dem Büro des Insolvenzverwalters in Händen zu halten. Darauf hat jemand die unterschiedlichen Interessen der für oder bei Karmann Handelnden skizziert. Die Akteure wurden für den internen Sprachgebrauch – auch im Umgang mit dem Spion – mit Tarnnamen belegt. VW heißt darin „KdF“ (nach der Nazi-Organisation „Kraft durch Freude“). Der Ex-Geschäftsführer Harbig ist „007“, seine Assistentin „Moneypenny“ und Ministerpräsident Christian Wulff ist „Papa“.